

13. Mai 2011

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **EZB UND OENB FORDERN SCHNELLERE UMSETZUNG DES EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGSVERKEHRSRAUMS**

Auf ihrer gemeinsamen Konferenz „The future of retail payments – opportunities and challenges“ forderten Vertreter der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) den Finanzdienstleistungssektor zu einer schnelleren Implementierung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area, SEPA) auf. Gertrude Tumpel-Gugerell, Mitglied des EZB-Direktoriums, und Wolfgang Duchatczek, Vize-Gouverneur der OeNB, betonten beide, dass das SEPA-Projekt nach der Einführung des Euro ein logischer weiterer Schritt sei und dass nur eine rasche Umsetzung von SEPA zur Errichtung eines integrierten und wettbewerbsfähigen europäischen Marktes für bargeldlose Zahlungen in Euro beitragen könne.

Frau Tumpel-Gugerell betonte, dass gemeinsames Handeln und verstärkte Bemühungen zur Finalisierung der Umstellung vonnöten seien, da die Migration zu den neuen paneuropäischen Zahlungsinstrumenten – der SEPA-Überweisung und der SEPA-Lastschrift – langsamer voranschreite als erwartet. Daher fordert das Eurosystem, das sich aus der EZB und allen nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebiets zusammensetzt, konkrete Fristen für diese Migration, und zwar Ende Januar 2013 für Überweisungen und Ende Januar 2014 für Lastschriften.

Frau Tumpel-Gugerell betonte, dass die im SEPA angebotenen Zahlungsinstrumente benutzerfreundlich und effizient, aber auch sicher sein müssen. Für die Sicherheit des Massenzahlungsverkehrs sind Aufsichtsbehörden, Zahlungsdienstleister, Einzelhandel und Kunden gemeinsam verantwortlich. Zur Reduzierung von Betrugsmöglichkeiten empfiehlt das Eurosystem, im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum Zahlungskarten nur mit Chip und nicht mit Magnetstreifen versehen auszugeben, da Letztere für Betrüger ein leichtes Ziel sind.

Frau Tumpel-Gugerell wies erneut auf die Notwendigkeit zumindest eines zusätzlichen europäischen Kartensystems hin, dessen Leistungsangebot das der bereits bestehenden internationalen Kartensysteme ergänzen sollte. Sie unterstrich zudem die Bedeutung innovativer Zahlungsverkehrslösungen und forderte die Einrichtung europaweit nutzbarer Online-Plattformen für elektronische Zahlungen auf der Grundlage des Online-Banking, sichere Kartenzahlungen im Internet und Zahlungslösungen via Mobiltelefon, die allesamt die Anforderungen der Kunden sowie des Handels erfüllen sollten.

Herr Duchatzek betonte, dass für die Umsetzung eines integrierten Zahlungsverkehrsmarkts gemeinsame, koordinierte Schritte aller Beteiligten auf europäischer Ebene sowie in den einzelnen SEPA-Teilnehmerländern erforderlich sind. Er bestätigte, dass bei der Umsetzung von SEPA in Österreich gute Fortschritte erzielt werden und dass fast alle österreichischen Banken in der Lage sind, SEPA-Überweisungen und SEPA-Lastschriften auszuführen. Außerdem ist Österreich gegenwärtig das Land mit dem größten Anteil an Lastschriften im neuen SEPA-Format, da sich dort eine Reihe großer Unternehmen zu einer frühzeitigen Migration entschlossen haben.

Herr Duchatzek sprach sich für die vorgeschlagene EU-Verordnung zur Festlegung eines Endtermins für die SEPA-Migration aus und hob die entscheidende Bedeutung der Kommunikation hervor. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine laufende Informationskampagne der OeNB, im Rahmen derer Experten der Nationalbank alle österreichischen Großstädte besuchen, um der Bevölkerung die Implikationen von SEPA näher zu bringen.

Was die Forderung betrifft, ausschließlich auf Chipkarten umzustellen, merkte Herr Duchatzek an, dass fast alle Kassenterminals und Geldausgabeautomaten in Österreich bereits eine Chip- und PIN-basierte Autorisierung von Kartentransaktionen ermöglichen.

Schließlich bestätigte Herr Duchatzek, dass in Österreich ein Clearinghaus geschaffen werden soll, über das Zahlungen in Zentralbankgeld abgewickelt werden. Dies dürfte nicht nur die vollständige Migration zu SEPA erleichtern, sondern zielt auch darauf ab, durch eine erhebliche Verringerung des Liquiditätsbedarfs und der Kosten der Banken die Sicherheit, Qualität und Effizienz des österreichischen Markts für Interbankzahlungen zu erhöhen. Der neue Clearingdienst wird im November 2011 eingeführt und von Geldservice Austria betrieben, einer öffentlich-privaten Kooperation zwischen der OeNB und Geschäftsbanken. Über die neue Clearing-Infrastruktur soll ein Großteil der österreichischen Massenzahlungen abgewickelt werden. Angesichts der gemeinsamen Bemühungen sowohl im Bereich der Kunde-Bank-Beziehung als auch in der Bank-Bank-Beziehung ist sich die OeNB zusammen mit den österreichischen Banken sicher, die anstehenden Herausforderungen in Bezug auf den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum erfolgreich meistern zu können.

**Europäische Zentralbank**  
Direktion Kommunikation  
Abteilung Presse und Information  
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404  
Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)  
**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**

Feldf